

Absage an einschneidende Reformen, auf eine unvermeidliche Anpassung der KPI an neoliberale Konzepte hinauslaufen, wie ihr von der marxistisch-leninistischen Orthodoxie innerhalb und außerhalb der eigenen Reihen vorgeworfen wird. Die Kritik der Sozialdemokratie am ungebrochenen Industrialismus, ihr Eintreten für einen „anderen Fortschritt“, ihre tiefgreifende Umorientierung in der Ökologie – all dies unterstreicht, daß ein auf Werten gründendes Handeln durchaus zu radikalen politischen Konsequenzen führen kann. Oft sind diese Konsequenzen sogar einschneidender als die Konzepte jener Konservativen in Westeuropa (und Osteuropa), die sich auch weiterhin von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus leiten lassen.

Was die Perestroika und das „neue politische Denken“ in Moskau angeht, so werden sie von der KPI zwar begrüßt – nicht zuletzt deshalb, weil Italiens Kommunisten darin eine zentrale Voraussetzung für erfolgreiche Demokratisierungsprozesse in Osteuropa sowie für die Einleitung einer neuen Phase umfassender Entspannung und Zusammenarbeit zwischen Ost und West sehen. Zugleich unterstreicht die KPI-Führung jedoch deutlich, daß intensivere Beziehungen zur KPdSU ausschließlich politischen Charakter haben und nicht auf eine Rückkehr zu ideologischen Gemeinsamkeiten hinauslaufen. Symptomatisch hierfür ist die Tatsache, daß sich KPI-Chef Occhetto auf die Ideale der Französischen Revolution von 1789 als zentralen Bezugspunkt für Programm und Politik seiner Partei beruft, während er der Oktoberrevolution von 1917 jede beispielgebende und inspirierende Wirkung abspricht (vgl. Parigi, sei tu la nostra Rivoluzione, Occhetto-Interview in: L'Espresso [Rom], Nr. 4/1988 [Beilage, S. 44–48]).

## Traditionskommunisten endgültig im Niedergang

Die Traditionskommunisten dagegen, in Folge der Wandlungsprozesse in den westlichen Gesellschaften ohnehin unter starkem Druck, geraten durch die ideologisch-politische Neuausrichtung der KPdSU noch weiter in die Defensive. Hatten sie früher aus der mehr oder minder

unkritischen Anlehnung an die Moskauer Orthodoxie Kraft und die Selbstgewißheit bezogen, einer weltweiten revolutionären Bewegung anzugehören und in der Perspektive damit letztlich zu den Siegern der Geschichte zu zählen, so müssen sie heute ihr Heil in der Abgrenzung von der KPdSU, in der Betonung der jeweils spezifischen nationalen Bedingungen und der Eigenständigkeit der KPen suchen. Angesichts der tiefgreifenden Wirtschaftskrise sei die Perestroika zweifellos notwendig für die Sowjetunion, heißt es – in bemerkenswerter Übereinstimmung übrigens mit der SED – unter den westlichen Traditionalisten; die eigene Partei dagegen befinde sich auf dem richtigen Weg, eine Übernahme sowjetischer Umbaukonzepte könne ihr daher nur schaden. Eine besonders kuriose Variante der Reaktion auf die Neuorientierung in Moskau steuerte die KPF bei, indem sie den Akzent auf den von Gorbatschow betonten „revolutionären Charakter“ der Umgestaltungen in der Sowjetunion legte. Dahinter verbirgt sich paradoxerweise die Absicht, daraus eine zusätzliche Legitimation für die behauptete „revolutionäre“ Linie der KPF-Führung abzuleiten: Die Reformimpulse in der UdSSR werden im Kampfinstrument gegen die Reformen in den eigenen Reihen verkehrt.

Wahrscheinlich wird die KPdSU – ähnlich wie zehn Jahre zuvor die KP Chinas – „alte Freunde“ nicht ohne weiteres im Stich lassen. Ihr eigentliches Interesse innerhalb der westlichen Linken richtet sich jedoch – neben der KPI als der innovativsten KP in Westeuropa – zunehmend auf die Sozialisten und Sozialdemokraten in dieser Region, auf deren Konzeptionen zu politischer Konsensbildung, zur Wirtschaftsregulierung, zum Umbau des Sozialstaats, zur ökologischen Erneuerung, zur gemeinsamen Sicherheit. Ralf Dahrendorf erregte vor einiger Zeit Aufmerksamkeit mit seiner – allerdings umstrittenen – These vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“. In Abwandlung dieser These gibt es Anlaß zu der Vermutung: Die Chancen der Traditions-KPen, das Ende des Jahrhunderts als einflußreiche politische und soziale Kraft zu überleben, sind angesichts der Innovationsdynamik im Westen und der parallelen Perestroika-Bestrebungen im Osten ziemlich gering, ihr historischer Niedergang scheint vorprogrammiert. ~

Heinz Timmermann

## „Sonderrechte führen zur Selbstausgrenzung“

Ein Gespräch über die Situation der Juden in Deutschland mit Julius H. Schoeps

*Nicht zuletzt die Aufdeckung der finanziellen Machenschaften des früheren Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, nach dessen Tod hat verstärkt die Aufmerksamkeit auf die in der Bundesrepublik lebenden Juden sowie ihre Gemeinden und übergemeindlichen Organisationen gelenkt. Über einige die Juden in der Bundesrepublik selbst wie auch ihr Verhältnis zur nicht-jüdischen*

*bzw. deutschen Umwelt betreffenden Themen sprachen wir mit dem jüdischen Politikwissenschaftler Julius H. Schoeps von der Universität/Gesamthochschule Duisburg. Schoeps ist Direktor des Duisburger Salomon-Ludwig-Steinheim-Instituts für deutsch-jüdische Geschichte, das im vergangenen Jahr gegründet wurde und am 28. April eröffnet wird. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.*

*HK:* Herr Professor Schoeps, daß nach Auschwitz noch Juden in Deutschland leben, schien in der Nachkriegszeit noch lange nur als Provisorium denkbar. Die Juden lebten gewissermaßen auf „gepackten Koffern“. Von einem Provisorium kann heute keine Rede mehr sein – selbst wenn die Zahl der Juden im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, erst recht aber gegenüber der Vorkriegszeit in Deutschland, gering ist. Wie setzt sich die Judenschaft hierzulande zusammen? Welchen Schichten sind die Juden zuzurechnen?

*Schoeps:* Wir können zunächst nur von den Juden ausgehen, die in den Gemeinden gemeldet sind. Diese Gruppe wird auf 30 000 beziffert. Hinzu kommt die Zahl derjenigen Juden, die nicht in den Gemeinden gemeldet sind, eine Zahl, die aber nur geschätzt werden kann: Hier kann man davon ausgehen, daß dies noch einmal rund 15 000 Juden sind. Zur Schichtenzugehörigkeit kann ich eigentlich nur ein paar Beobachtungen anführen – Untersuchungen zu diesem Thema gibt es nicht. Es handelt sich um eine typische Mittelstandsstruktur: Akademiker, aber hauptsächlich Kaufleute, kaufmännische Berufe, nur wenige Arbeiter.

### „Eine jüdische Gemeinschaft hauptsächlich osteuropäischen Ursprungs“

*HK:* In der nicht-jüdischen bundesdeutschen Bevölkerung weiß man wenig über die hier lebenden Juden. Sind es vor allem Nachfahren von bereits vor 1933 in Deutschland lebenden Juden? Und woher stammen sie sonst?

*Schoeps:* Bei der jüdischen Gemeinschaft in der Bundesrepublik haben wir es nicht mehr mit dem *deutschen Judentum* zu tun, wie Nicht-Juden dies vielfach annehmen, etwa Politiker oder Behörden. Es handelt sich um eine jüdische Gemeinschaft, die hauptsächlich osteuropäischen Ursprungs ist: Überlebende und deren Nachkommen der DP (Displaced Persons)-Camps, Einwanderer aus den osteuropäischen Staaten – allein die Berliner Gemeinde von insgesamt 6000 Mitgliedern umfaßt z. B. 3000 sowjetische Juden. Mit dem deutschen Judentum haben diese natürlich überhaupt nichts zu tun. Daneben haben wir beispielsweise eine durchaus bemerkenswerte iranische Einwanderung, die sich in Hamburg niedergelassen hat – diese Tatsache ist insofern interessant, als Hamburg früher eine sephardische Gemeinde gehabt hat. Da gäbe es gewissermaßen eine Tradition, an die man anknüpfen könnte. Auch die Düsseldorfer Gemeinde ist stark osteuropäisch geprägt, wobei hier vor allem die Einwanderung aus Rumänien eine Rolle spielt.

*HK:* Die im Nachkriegsdeutschland lebenden Juden waren einem erheblichen Druck nicht zuletzt von jüdischer Seite ausgesetzt, weil es als geradezu unvorstellbar galt, sich weiterhin im „Land der Mörder“ des eigenen Volkes aufzuhalten. Was hat die nach Deutschland eingewanderten Juden bewogen, diesen Schritt trotzdem zu tun?

*Schoeps:* Da kommen sehr unterschiedliche Motive zusammen. Die Juden in der Sowjetunion können ihre jüdische Identität nicht wirklich ausleben, ihre kulturellen Aktivitäten waren in den letzten Jahren starken Beschränkungen ausgesetzt. Zum anderen ist das „gelobte Land“ natürlich immer dort, wo es kein Zwangswirtschaftssystem gibt.

*HK:* Inwieweit entspricht die Bezeichnung als „jüdische Gemeinschaft“ unter diesen Bedingungen eigentlich der Realität? Handelt es sich nicht eher um eine bestimmte Zahl von Einzelpersonen bzw. Familien jüdischen Glaubens, allenfalls von einer Reihe verschiedener kleinerer Gemeinschaften?

*Schoeps:* Von einer „Gemeinschaft“ kann man insofern sprechen, als diese Menschen Mitglieder von Gemeinden sind und sich zum Judentum bekennen. Wenngleich ich natürlich sehr zurückhaltend bin, was die Gemeinsamkeiten unter ihnen angeht: Es liegen unterschiedliche historische Erfahrungen vor, eine unterschiedliche Herkunft, eine unterschiedliche kulturelle Identität. Das führt in den Gemeinden zu nicht unbeträchtlichen Problemen, etwa bei der Liturgie. Die Liturgien in den Gemeinden in der Bundesrepublik sind Liturgien Osteuropas und nicht mehr die liberalen Gottesdienstordnungen des deutschen Judentums. Aufgrund der neuen Gegebenheiten wurden letztere mehr oder weniger abgeschafft.

*HK:* Welchen Stellenwert besitzt in dem Zusammenhang die Einwanderung bzw. Rückwanderung aus Israel? Inwieweit wird hierbei an alte Verbindungen zu Deutschland wieder angeknüpft?

*Schoeps:* Israelis, die sich in der Bundesrepublik niederlassen, haben in Israel zumeist schlechte berufliche Aussichten und versprechen sich von dem Fortgang aus Israel eine entsprechende Verbesserung. Z. T. sind darunter auch Kinder deutscher Juden, die nach Palästina geflüchtet waren. Die Kinder sind zumeist in Israel geboren. Wenn diese in die Bundesrepublik kommen, sind sie vielfach weiterhin israelische Staatsbürger, aber oft mit einem durchaus erkennbaren deutsch-jüdischen Hintergrund.

*HK:* Gegenwärtig wird die Frage diskutiert, ob die Generation der Enkel unter den Juden in der Bundesrepublik gleichfalls von der Wehrpflicht befreit werden soll oder nicht. Tut man sich mit der Forderung nach einer Ausweitung dieser Befreiung als Juden in der Bundesrepublik wirklich einen guten Dienst?

*Schoeps:* Die Entwicklung in dieser Sache halte ich für äußerst problematisch. Mit einem Brief des Bundesverteidigungsministers an *Heinz Galinski*, den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, ist dieser Streit entschieden worden: Auch die dritte Generation wird nicht zum Dienst in der Bundeswehr herangezogen. Ich meine dagegen, daß man kein Sonderrecht für Juden schaffen sollte. Das führt in letzter Konsequenz nur zur Selbstaussgrenzung der Juden aus der bundesdeutschen Gesellschaft. Jedem Enkel ist unbenommen, den Wehrdienst zu

verweigern. Dann hat er aber die Verpflichtung, den Ersatzdienst abzuleisten.

*HK:* Als Argument für die Befreiung von der Wehrpflicht wird angeführt, man solle sich noch eine Generation Zeit lassen. Der Generation von Großeltern müsse man den Anblick ihrer Enkel in einer deutschen militärischen Uniform ersparen. Eigentlich ein sehr plausibles Argument.

*Schoeps:* Warum eine Generation warten, warum nicht fünf Generationen? Das ist für mich kein Argument. Es war eines, solange in der Bundeswehr noch ehemalige Angehörige der Wehrmacht Dienst getan haben. Dies ist nicht mehr der Fall. Es gibt heute keinen Soldaten der Bundeswehr mehr, der noch die Uniform der Wehrmacht getragen hat. Insofern fallen für mich bestimmte Vorbehalte, die ich selbstverständlich auch gehabt habe, weg. Ein Jude, der einen Paß der Bundesrepublik besitzt, ist ein Bürger dieses Landes mit allen Rechten und Pflichten. Wer dies nicht sein will und kann, dem stehen alle Optionen offen: Er kann nach Israel gehen oder in die Vereinigten Staaten. Bis hin zur Überlegung, ob man denjenigen, die ihren Militärdienst in Israel ableisten, den Dienst in der Bundeswehr nicht erlassen sollte, um sie nicht doppelt zum Wehrdienst heranzuziehen – auf der Basis einer bilateralen Vereinbarung ist dies beispielsweise in den Niederlanden bereits möglich.

### „Es entwickelt sich so etwas wie eine bundesdeutsch-jüdische Identität“

*HK:* Besteht also die Gefahr, daß man durch das Pochen auf der besonderen Situation der Juden in der Bundesrepublik mehr Probleme schafft als sie abbaut – man denke etwa an die Auseinandersetzung um die Aufführung des Theaterstücks von Rainer Werner Fassbinder „Der Müll, die Stadt und der Tod“.

*Schoeps:* Ich habe damals sehr begrüßt, als Juden – buchstäblich – auf die Bühne getreten sind und gegen das Fassbinder-Stück protestierten. Das ist ihr gutes Recht. Auf der anderen Seite bin ich skeptisch gegenüber jeder Form von Zensur oder Verbot. Die Folgen von Zensur und Verbot kennen wir. Ich bin, was diese Frage angeht, für eine offene Debatte. Für mich war das Fassbinder-Stück in erster Linie ein schlechtes Stück. Bei dieser Debatte hatte man zuweilen den Eindruck, als spielten die literarischen Qualitäten überhaupt keine Rolle. Im übrigen ist dies alles ja nicht nur ein Indiz für die Sensibilität der Juden in dieser Hinsicht, sondern auch ein Indiz für die Identitätsprobleme bzw. die Schwierigkeiten im Umgang mit der Geschichte der Nicht-Juden.

*HK:* Könnten Sie sich vorstellen, daß man eines Tages wieder von „deutschen Juden“ und nicht von den „Juden in Deutschland“ sprechen wird?

*Schoeps:* Es hat sich in den letzten Jahren durchaus bereits manches in diese Richtung verändert. Die Juden haben sich arrangiert mit dem Leben in diesem Land. Ich würde

sogar so weit gehen, daß sich so etwas zu entwickeln beginnt wie eine *bundesdeutsch-jüdische Identität*, auch wenn es noch einige Zeit dauern wird, bis man dies wirklich erreicht haben wird. Wenn es in einigen Jahren wieder ein deutsches Judentum geben wird, dann wird dies allerdings sicherlich ein anderes Judentum sein als das vor 1933.

*HK:* Inwieweit gab es vor 1933 überhaupt eine deutsch-jüdische Symbiose? War der Wunsch derjenigen, die lange um ihre gleichberechtigte Anerkennung als Bürger gekämpft haben, vielleicht größer, als dies der gesellschaftlichen Wirklichkeit entsprach?

*Schoeps:* Der Religionsphilosoph *Gershom Scholem* z. B. hat bestritten, daß es so etwas wie eine deutsch-jüdische Symbiose gegeben hat. Ich bin da weniger rigoros. Mir scheint, daß es durchaus so etwas gegeben hat wie eine deutsch-jüdische kulturelle Identität, deren Spuren man im Bereich des Theaters, des Films, der Medien, der kritischen Publizität verfolgen kann. Eine Symbiose in dem Sinne, daß die Juden vollständig im Deutschtum aufgegangen wären, hat es natürlich nicht gegeben. Das hängt damit zusammen, daß die Umwelt die Juden nicht akzeptierte. Die Juden selbst hatten für sich den Akkulturationsprozeß abgeschlossen ...

*HK:* ... und zeigten sich mitunter deutscher als die anderen Deutschen, was in ihrer Situation zwar verständlich war, vielen von ihnen aber auch noch zu Beginn der Nazi-herrschaft ein verhängnisvolles Gefühl der Sicherheit gab.

*Schoeps:* Es gibt das berühmte Wort von *Walther Rathenau*: „Wer sein Vaterland liebt, darf und soll ein wenig Chauvinist sein.“ Aus einer solchen Formulierung spricht in der Tat *Überanpassung*. In Zukunft werden wir dieses vorbehaltlose Aufgehen jüdischerseits in der deutschen Umwelt nicht mehr haben. Juden werden sich immer als Juden definieren und als Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Man wird bestehen auf der Identität als Juden. Vor 1933 hatte man darauf gern verzichtet, da machte man Abstriche an der nationalen Komponente des Judentums. Die deutsche Kultur ist im übrigen, wie ich meine, nicht an eine Volkszugehörigkeit gebunden: So wie ich Bayer und Deutscher sein kann, kann ich auch Türke und Deutscher sein. Entscheidend scheint mir das Bekenntnis zur deutschen Kultur zu sein.

### „Die Identifikation mit Israel ist einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt“

*HK:* Nun sind aber gerade durch die Nazi- und die Nachkriegszeit für die Juden Bezugspunkte hinzugekommen, die auch auf ihre Weise jüdische Identität stiften: der Holocaust, aber auch der Staat Israel. Zuweilen kann man den Eindruck haben, als träten diese Inhalte an die Stelle der religiösen Traditionen des Judentums. Ist diese Beobachtung richtig?

*Schoeps:* Wir müssen hier unterscheiden: Im Judentum haben wir den gläubigen Kern, die Frommen, die sich an das

Gesetz halten. Das ist immer eine Minderheit. Darüber hinaus haben wir eine Reihe anderer Möglichkeiten, sich zum Judentum zu bekennen. Man kann sich als Zionist definieren und sich zum Staat Israel bekennen: Es ist dann nur noch eine Frage der Zeit, bis man dorthin auswandert ...

*HK:* ... auch wenn man dies nie tut ...

*Schoeps:* ... nur als Möglichkeit der Definition. Dann haben wir auch die andere Möglichkeit, die Sie nannten: Daß man sich über Auschwitz – um dieses Wort als Formel zu benutzen – bestimmt. Ich halte das für problematisch, denn ich glaube nicht, daß man sich aus einer negativen Erfahrung her definieren kann. Das muß zu persönlichen Katastrophen führen. Schließlich kann man sein Judentum noch auf einer vierten Ebene definieren: kosmopolitisch, indem man sich zum Sozialismus bekennt, zum Prinzip der Demokratie: Im 19. Jahrhundert haben viele Juden in der Demokratie eine Form der Erlösung gesehen. Der Schriftsteller *Ludwig Kalisch* hat einmal gesagt: „Dem heutigen Juden ist jeder Mensch ein Messias, der für die Freiheit der Völker, für das Wohl der Menschheit wirkt, und er sieht das gelobte Land da, wo die Freiheit waltet.“ Messianische Erwartung und politische Freiheitsräume des 19. Jahrhunderts gingen hier eine enge Verbindung ein.

*HK:* Trägt auch ein fortbestehender Antisemitismus in Deutschland noch zur Abgrenzung der Juden von der nicht-jüdischen Umwelt bei und wirkt so indirekt identitätsbildend?

*Schoeps:* Es ist richtig, daß für die Juden der Bundesrepublik der Antisemitismus als solcher auch bei der Identitätsfindung eine Rolle spielt. Auch das halte ich für ausgesprochen problematisch. Ich denke etwa an den Zentralrat der Juden in Deutschland, der eigentlich keine Perspektiven inhaltlicher Art aufzeigt, sondern dessen Vertreter sich hauptsächlich nur dann zu Wort melden, wenn es gilt, gegenüber antisemitischen Vorkommnissen Position zu beziehen. Das reicht nicht aus.

*HK:* Die in der Bundesrepublik lebenden Juden gelten innerhalb der jüdischen Diaspora als besonders pro-israelisch. Wie werden deshalb unter Juden in Deutschland die Ereignisse der letzten anderthalb Jahre in den von Israel besetzten Gebieten beurteilt?

*Schoeps:* Bei vielen Juden hierzulande haben die Ereignisse in Israel und den besetzten Gebieten heftige Irritationen ausgelöst. Die Identifikation mit Israel ist einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt gewesen und ist dies auch weiterhin. Eine ähnliche Situation besteht in der gesamten Diaspora-Judenheit, in den Vereinigten Staaten, in Frankreich. Im Vergleich zu diesen Ländern ist die Stimmung unter den Juden in der Bundesrepublik sogar noch relativ ruhig. Aber auch hierzulande wird man zunehmend kritischer, folgt nicht mehr jeder Aktion der jeweiligen Regierung in Jerusalem und nimmt die Besatzungspolitik zunehmend reservierter auf.

## „Im Fall Nachmann haben wir beides erlebt: mangelnde Kontrolle wie mangelnde Selbstkontrolle

*HK:* Wie steht es um die Juden als *religiöser* Minderheit in der Bundesrepublik? Sie sagten, nur zwei Drittel der hier lebenden Juden habe Kontakt zu Jüdischen Gemeinden. Gibt es starke Säkularisierungstrends auch unter ihnen?

*Schoeps:* Was diese Frage angeht, besteht zwischen Christen und Juden ein nicht unerheblicher Unterschied. Bei den Christen können wir tatsächlich starke Säkularisierungsprozesse feststellen, eine Abwendung der Gläubigen von ihren Kirchen. Bei den Juden ist das etwas anders. Viele gehen nur zu den hohen Feiertagen in die Synagoge (früher nannte man das selbstironisch „Drei-Tages-Jude“), deswegen hören sie aber nicht auf, Juden zu sein. Bei den Juden spielt die gemeinsame historische Erfahrung, die Geschichte als solche eine größere Rolle als bei den Christen. Judentum definiert sich geradezu durch eine bestimmte Geschichtserfahrung.

*HK:* In der Diskussion um den Fall Nachmann wurde verschiedentlich Kritik laut an verschiedenen Teilen des organisierten Judentums hierzulande. Schon die Diskussion zeigt, daß es dabei um weit mehr geht als um das individuelle Versagen eines Funktionsträgers. Wo liegt der Kern des Problems?

*Schoeps:* Der Kern der Auseinandersetzung liegt darin, daß in den letzten Jahrzehnten die demokratischen Strukturen in den Gemeinden korrumpiert wurden: Es fanden z. T. keine Wahlen mehr statt, zum Teil schienen Funktionsträger ihr Amt als persönlichen Besitz anzusehen. Der Fall Nachmann ist ein klassisches Beispiel dafür, was dabei herauskommen kann, wenn keine demokratische Kontrolle stattfindet. Das hängt natürlich auch damit zusammen, daß die nichtjüdische Umwelt sehr zurückhaltend gewesen ist. Wenn man nicht kontrolliert, wenn über Zuwendungen keine Rechnungslegung gefordert wird, dann kann es passieren, daß die Beteiligten Mißbrauch mit diesen Geldern treiben. Im Fall Nachmann haben wir beides erlebt: mangelnde Kontrolle wie mangelnde Selbstkontrolle.

*HK:* Für die deutsche Öffentlichkeit reduziert sich Judentum hierzulande zumeist auf einige wenige Köpfe, die als Sprecher der in der Bundesrepublik lebenden Juden auftreten. Hängen die strukturellen Schwierigkeiten der jüdischen Organisationen auch mit der Rekrutierung ihrer führenden Vertreter zusammen?

*Schoeps:* Diese Funktionsträger haben z. T. ihre ganz erheblichen Verdienste. Ein Mann wie *Heinz Galinski* hat, was den Aufbau der jüdischen Gemeinschaft angeht, sich erhebliche Verdienste erworben. Generell aber gilt, daß manche der Gemeindeführer für die Ämter, die sie wahrnehmen, oft nicht geeignet sind. Zum großen Teil sind es Kaufleute, keine Akademiker oder Intellektuelle, die durchaus für die Gemeindeführung gewonnen werden

könnten. Es ist aber gerade so, daß jüngere Intellektuelle, wenn sie kritische Positionen einnehmen, mit Mißtrauen beobachtet und vielfach sogar aus den Gemeinden herausgedrängt werden.

### „Den Gemeinden fehlen die Kapazitäten, um intellektuell Impulse zu setzen“

*HK:* Könnten diese Schwierigkeiten auch damit zu tun haben, daß diejenigen, die in den Gemeinden und den auf ihnen aufbauenden übergemeindlichen Strukturen Verantwortung tragen, insgesamt zu wenig repräsentativ sind für die in der Bundesrepublik lebenden Juden?

*Schoeps:* Bis heute ist in den Gemeinden die Gruppe der Auschwitz-Überlebenden bestimmend. Die Schwierigkeiten haben meines Erachtens aber damit zu tun, daß man es verabsäumt hat, Jüngere heranzuziehen und für die Führung der Gemeinden entsprechend auszubilden bzw. ihnen Verantwortung zu geben. Das hat auch dazu geführt, daß die intellektuellen Teile der jüdischen Gemeinschaft sich abgewendet haben von den Gemeinden und an den Gemeinden vorbeileben. Es haben sich jüdische Intellektuellen-Gruppen gebildet, in denen man den Gemeinden gegenüber und dem, was dort getan wird, ablehnend eingestellt ist, sich aber dennoch zum Judentum bekennt. Deren Mitglieder sind die unterschiedlichsten Wege gegangen: Der ehemalige Trotzlist oder der frühere Linke der 68er Bewegung sitzen neben dem Bürgerlichen, der mit dem kulturellen Angebot der Gemeinden unzufrieden ist und nach neuen Begegnungsfeldern sucht. Die Gemeinden spielen zwar für das religiöse tägliche Leben der Juden eine Rolle, aber die Kapazitäten, um intellektuell Impulse zu setzen, fehlen. Diese jüdische Gemeinschaft in der Bundesrepublik ist keine gewachsene Gemeinschaft, aber nur eine gewachsene Gemeinschaft bringt auch im geistig-religiösen, intellektuellen Bereich Köpfe hervor, von denen eine breitere Wirkung ausgeht.

*HK:* Sehen Sie den Fall Nachmann – Monate nach seiner Aufdeckung – in den jüdischen Organisationen eigentlich inzwischen hinreichend bewältigt? Welche Wirkungen hat er gezeitigt?

*Schoeps:* Leider gar keine. Die Mitglieder des Zentralrates hätten die Verantwortung übernehmen müssen. Nur ein kollektiver Rücktritt wäre die richtige Antwort gewesen. Aber leider ist nur ein Teil von ihnen zurückgetreten. Heinz Galinski weigerte sich mit dem Argument, daß er – was stimmt – immer ein Gegner Nachmanns gewesen sei und deshalb jetzt auch nicht einsehen könne, warum er für dessen kriminelle Machenschaften den Kopf herhalten solle. Für das demokratische Klima innerhalb der jüdischen Gemeinschaft wäre es m. E. jedoch besser gewesen, wenn ein Schnitt erfolgt, ein Zeichen für einen wirklichen Neuanfang gesetzt worden wäre.

*HK:* Könnten die genannten Schwierigkeiten auch darin

einer ihrer Ursachen haben, daß es in den „Einheitsgemeinden“ nicht gelingt, die innerjüdische religiöse Pluralität so zum Ausdruck zu bringen, wie dies wünschenswert wäre?

*Schoeps:* Ich bezweifle, daß es sich bei den Gemeinden in der Bundesrepublik um „Einheitsgemeinden“ handelt. Das wird zwar immer behauptet. Aber ich halte die Gemeinden in der Bundesrepublik für orthodoxe Gemeinden. Die Gemeindemitglieder sind mehr oder weniger liberal eingestellt. Man sucht sich aber einen orthodoxen Rabbiner, der stellvertretend für die Gemeindemitglieder die Gebote hält. Dahinter steckt ein grundsätzliches Problem: Die Glaubensgemeinschaften herkömmlicher Art sind heute Anfechtungen ausgesetzt und haben keine Antworten auf die Fragen der Zeit mehr. Das gilt auch für das Judentum. Dieses Problem ist nur durch freimütigste Diskussion innerhalb der jeweiligen Konfessionen, Kirchen und religiösen Gemeinschaften zu lösen. Im Judentum – sieht man einmal von Amerika ab – vermisste ich diese Diskussion. In der Bundesrepublik hat man verabsäumt, Institutionen zu schaffen, um die herum sich wirklich jüdisches Leben entwickeln kann.

*HK:* 1979 gründete der Zentralrat der Juden in Deutschland in Heidelberg eine „Hochschule für Jüdische Studien“. Sie soll die Gemeinden beim geistigen Wiederaufbau unterstützen. Warum vermag diese Hochschule gerade die von jüdischer Seite in sie gesetzten Hoffnungen nicht zu erfüllen?

*Schoeps:* Die Heidelberger Hochschule ist weder Fisch noch Fleisch. 70 Prozent der Studenten sind Nicht-Juden, zumeist judaisierende christliche Theologiestudenten. Das ist m. E. nicht Sinn einer solchen Einrichtung. Junge Juden nehmen diese Hochschule weithin nicht an. Richtig wäre gewesen, eine jüdische Theologische Hochschule zu schaffen. Andererseits bleibt es eine Frage, ob mehr jüdische Studenten gekommen wären, wenn man eine wirkliche theologische Hochschule geschaffen hätte – da habe ich auch meine Zweifel.

### „Das Judentum droht hinter die Aufklärung zurückzufallen“

*HK:* In ihrer Entstehungsphase war die Judaistik geradezu ein Weg zur Emanzipation der Juden im Hochschulbereich. Welche Bedeutung hat sie heute noch für das Leben von Juden hierzulande?

*Schoeps:* Die Judaistik hätte diese Funktion durchaus spielen sollen. Nur sitzt heute kein Jude mehr auf einem Lehrstuhl für Judaistik, sondern christliche Theologen beschäftigen sich mit Talmud und Midrasch und sagen den Juden, was Judentum ist. Für die Juden selbst ist dies natürlich äußerst dubios. Früher hieß dies Fach „Wissenschaft des Judentums“ – heute ist es die „Wissenschaft vom Judentum“.

*HK:* Weshalb gibt es in der Bundesrepublik bis heute

keine liberale Reformgemeinde? Liegt dies nur an der geringen Zahl von hier lebenden Juden?

*Schoeps:* Verschiedene Versuche, Reformgemeinden zu gründen, sind mangels Masse gescheitert. Die Gründe für dieses Scheitern liegen allerdings auch noch woanders: Ehen z. B., die von einem liberalen Rabbiner geschlossen würden, würden in Israel nicht anerkannt. Wenn jemand nach Israel gehen oder sich diese Möglichkeit wenigstens offenhalten will, kann dies zum Problem werden. Auch Agnostiker bzw. säkulare Juden lassen sich aus diesem Grund orthodox trauen – ich halte das für sehr problematisch – trotzdem habe ich dafür Verständnis.

*HK:* Es fällt auf, daß jüdische Gemeinden in der Bundesrepublik sich im Fall von Mischehen durchwegs restriktiv verhalten. Hat dies auch mit starken fundamentalistischen Strömungen in den Gemeinden zu tun?

*Schoeps:* In der Tat haben wir es auch im Judentum mit ausgesprochenen Fundamentalisierungstrends zu tun, wie im übrigen auch bei den anderen Weltreligionen. Das Judentum droht so auf vielfältige Weise hinter die Aufklärung zurückzufallen. Andererseits darf man nicht vergessen, daß die Mischehenproblematik immer eine Rolle gespielt hat. Im 19. Jahrhundert kämpften die Juden im übrigen um das Recht, eine bürgerliche Ehe mit Nicht-Juden schließen zu dürfen. Wenn man heute die Mischehe immer noch restriktiv handhabt, so entspricht dies im übrigen auch der Situation bei den Katholiken – jüdischerseits beruft man sich in der Diskussion um die Mischehe in der Bundesrepublik immer gern auf die katholische Kirche.

### „Das Stereotyp vom ‚reichen Juden‘ gilt es aufzubrechen“

*HK:* Die Haltung der katholischen Kirche in dieser Frage hat sich immerhin seit dem Zweiten Vatikanum erheblich verändert, auch wenn noch nicht alle Wünsche in dieser Hinsicht erfüllt sind ... Was die Haltung der bundesdeutschen Jüdischen Gemeinde in der Mischehenfrage angeht, fragt es sich, ob sie bei der ohnehin geringen Zahl von Juden diese nicht noch weiter auseinandertreibt. Welchen Einfluß hat diese Haltung der Gemeinden etwa auf die Gruppe der nicht-orthodoxen Juden?

*Schoeps:* Die Folge ist, daß unter den jüngeren Juden viele gar nicht mehr heiraten und in irgendwelchen eheähnlichen Gemeinschaften zusammenleben – und zwar mit ausdrücklichem Bezug auf dieses Problem. Sie sagen: Ich bin nicht orthodox und habe nicht vor, mich unter diese Knute zu beugen. Durch diese rigide Form der Mischehenregelung wenden sich mehr Juden von den Gemeinden ab. Andererseits muß man sehen: Gäbe es hier eine große, starke selbstbewußte jüdische Gemeinschaft, wäre die Situation sofort eine andere. Wie die Lage sich aber heute darstellt, orientiert man sich an Israel und an den Gegebenheiten dort. Und das wirkt zurück auf die Verhältnisse hier.

*HK:* Gerade in den letzten Jahren wurden an verschiedensten Orten in der Bundesrepublik Synagogen restauriert und neugebaut sowie Jüdische Museen eingerichtet. Könnte durch diese an sich erfreuliche Gedenkkultur nicht der Eindruck entstehen, beim Judentum in der Bundesrepublik handele es sich weniger um eine lebendige Gemeinschaft als um eine museale Größe?

*Schoeps:* Manches dieser Gedenkkultur halte ich für durchaus begrüßenswert. Etwa wenn Führer zu jüdischen Stätten herausgegeben werden, damit man sich orientieren kann, wo etwas früher gewesen ist. Problematisch scheint mir zu sein, wenn man in Orten Synagogen wiederaufbaut, obwohl es dort keine Juden mehr gibt. Was die Einrichtung von Jüdischen Museen angeht: Die jüdische Geschichte müßte man sehr viel stärker als Teil der deutschen Geschichte sehen, was heißt, daß Jüdische Museen als Abteilungen in die allgemeinen Museen hineingehören. Wenn ich an den teuren Umbau und die kostbare Ausstattung des Jüdischen Museums in Frankfurt denke, meine ich, daß es wichtiger wäre zu zeigen, daß die jüdische Welt nicht nur die Welt der Kommerzienräte und Bankiers gewesen ist. Man müßte auch die Schneiderwerkstatt oder den Viehhändler zeigen, das normale Alltagsleben also. Sonst verhärtet sich in den Köpfen der Menschen das stereotype Bild von *den* Juden, das von Generation zu Generation weitergegebene Zerrbild des „reichen“ Juden. Dieses Stereotyp gilt es aufzubrechen. Andererseits muß man natürlich sagen, daß in den letzten Jahren ungeheuer viel Wichtiges und Richtiges auf diesem Gebiet geschehen ist.

*HK:* Nicht-Juden in der Bundesrepublik kommen mit dem Judentum hierzulande noch am ehesten über Gesprächskreise und sonstige Veranstaltungen des christlich-jüdischen Dialogs in Kontakt. Was bedeutet dieser Dialog für ein durchschnittliches Mitglied einer Jüdischen Gemeinde in der Bundesrepublik?

*Schoeps:* So gut wie gar nichts. Einige wenige Köpfe beteiligen sich an diesem Gespräch, aber die lassen sich an zwei Händen abzählen. Meine Zurückhaltung in dieser Sache verstärkt sich eigentlich immer mehr: Dieses Gespräch zwischen Juden und Christen scheint mir im Grunde ein falscher Ansatz zu sein. Christen müssen untereinander ein Gespräch führen. Juden können dabei allenfalls in bestimmten Situationen Gesprächspartner sein. Den Juden ist es relativ gleichgültig und geht sie eigentlich auch nichts an, was Christen untereinander debattieren. In der Vergangenheit war das Christentum für die Juden immer eine Bedrohung. Wenn sich in dieser Hinsicht etwas ändert, begrüßen dies die Juden natürlich. Sie erwarten, daß christlicherseits Selbstklärungsprozesse in Gang kommen. Mit anderen Worten: Die Juden hoffen, daß die Christen ihr Verhältnis zum Judentum neu bestimmen – was dann tatsächlich ein *Gespräch* zwischen Juden und Christen zur Folge haben könnte.

*HK:* Für die Anomalität der Lebensbedingungen von Juden in Deutschland gibt es kaum ein sprechenderes Sym-

bol als die scharfe Bewachung jüdischer Einrichtungen. Oder die Tatsache, daß selbst mancher Philosemitismus nur als Reflex des schlechten Gewissens verständlich ist. Abschließend gefragt: Wie kann es unter solchen Bedingungen in Zukunft überhaupt zu so etwas wie Normalität im Umgang von Juden und Nicht-Juden in der Bundesrepublik kommen?

*Schoeps:* In absehbarer Zeit ist mit einer Normalisierung

des Verhältnisses wohl nicht zu rechnen. Die Erinnerung an Auschwitz wird jüdisches Denken und Fühlen auch in Zukunft bestimmen. Ob Juden und Nicht-Juden eine gemeinsame Zukunft haben werden, hängt davon ab, wie mit der Erinnerung an Auschwitz umgegangen wird. Wird der Judenmord relativiert und Auschwitz zur fernen Vergangenheit erklärt, dann befürchte ich, daß das Verhältnis weiterhin noch lange gestört bleiben wird.

## Der theologische und rechtliche Status der Bischofskonferenzen

### Ein „Arbeitsdokument“ der römischen Bischofskongregation

*Bis zum 31. 12. 1988 sollten die Bischofskonferenzen und die einzelnen Bischöfe zum „Instrumentum laboris“ der Bischofskongregation über den theologischen und rechtlichen Status der Bischofskonferenzen Stellung nehmen, das ihnen im Januar 1988 übersandt wurde. Wir haben über die Diskussion über die Rolle der Bischofskonferenzen vor, auf und nach der Sondersynode von 1985 berichtet (HK, Mai 1988, 245–248), ebenso über die Stellungnahme der US-Bischöfe zum römischen Arbeitsdokument (HK, Januar 1989, 12–13). Der hier wiedergegebene Wortlaut des vom 1. Juli 1987 datierten Dokuments entspricht im wesentlichen der in Rom angefertigten deutschen Übersetzung. Sie wurde aber von der Redaktion anhand des italienischen Textes, der als der ausgeglichene gilt (vgl. *il regno, documenti 13/88*), durchgesehen und stellenweise stilistisch überarbeitet. Die Grundtendenz des Arbeitsdokuments, die Bischofskonferenzen in ihrer Bedeutung und ihren Kompetenzen möglichst herunterzustufen, paßt in das gegenwärtige Gesamtbild eines sich verstärkenden römischen Zentralismus. Zur Diskussion über die Bischofskonferenzen ist unlängst eine Sammlung von Beiträgen erschienen: Hubert Müller / Hermann J. Pottmeyer (Hg.), *Die Bischofskonferenz. Theologischer und juridischer Status* (Patmos, Düsseldorf 1989).*

### Einführung

Die Bischofskonferenzen sind im vergangenen Jahrhundert entstanden, um den Bischöfen eines Gebietes oder Staates das gegenseitige Kennenlernen und den Austausch über kirchliche Anliegen und Fragen von gemeinsamem Interesse zu gestatten. Ihre kanonische Anerkennung erhielten sie im Konzilsdekret „Christus Dominus“ und kürzlich im Codex des Kirchenrechtes.

Nach dem Ende des II. Vatikanischen Konzils haben sich die Bischofskonferenzen beachtlich entwickelt. Derzeit sind es 100 in aller Welt (vgl. *Annuario Pontificio*, 1987), und sie sind zum bevorzugten Organ der Einheit, Koordination und gegenseitigen Zusammenarbeit der Bischöfe

einer Nation oder eines bestimmten Gebietes geworden, die entschlossen sind, vereint für das Wohl ihrer Kirchen zu arbeiten und sich hochherzig mit dem Römischen Bischof an der Sorge für alle Kirchen zu beteiligen.

Die Konferenzen spiegeln „in bemerkenswerter Weise die Einheit der Kirche Christi“ wider (Johannes Paul II. an die Bischöfe des Pazifik, 13. Februar 1984, Nr. 4, in: *Der Apostolische Stuhl* 1984, S. 1692), da die Communio der Seinsgrund und das erste Ziel jeder Konferenz ist: „Die Communio hat ihre Werkzeuge, darunter an erster Stelle eure nationale Bischofskonferenz“ (An den ständigen Rat der italienischen Bischofskonferenz, 23. Januar 1979, Nr. 4, in: *Insegnamenti* II, 1, S. 100).

Die Bischofskonferenzen haben sich immer mehr als „sehr notwendig, nützlich und manchmal als absolut unverzichtbar“ erwiesen, weil sie „den Erfordernissen unserer Zeit“ entsprechen (Generalaudienz, 7. Februar 1979, Nr. 3, *Insegnamenti* II, 1, S. 353), und sie bilden ein wirksames Werkzeug zur Sicherstellung der notwendigen Aktionseinheit der Bischöfe (vgl. die Ansprache an die chaldäischen Bischöfe vom 6. Oktober 1980, *Insegnamenti* II, 2, S. 799; an die Bischöfe von Vietnam, 11. Dezember 1980, Nr. 2, ebd. III, 2, S. 1657 f; an die philippinischen Bischöfe von Nord Luzon, 25. Oktober 1985, Nr. 2, ebd. VII, 2, S. 1108).

Zwanzig Jahre nach Abschluß des Konzils wurde im Schlußdokument der zweiten außerordentlichen Versammlung der Bischofssynode der pastorale Nutzen, ja die Notwendigkeit der Bischofskonferenzen in der heutigen Situation feierlich bekräftigt.

Gerade im Hinblick auf diesen Nutzen und diese Notwendigkeit wurde bei dieser Synode gewünscht, es sollte umfassender und tiefer das Studium ihres theologischen Status und vor allem das Problem ihrer Lehrautorität auf dem Hintergrund des im Konzilsdekret „Christus Dominus“ Nr. 38 und im Codex des Kirchenrechtes can. 447 und 753 Gesagten weitergeführt werden (vgl. Schlußbericht II, C Nr. 8 b, in: *Verlautbarungen des Apostolischen Stuhles* 68).